

FRÖNDEBERG



Protest gegen das geplante Gewerbegebiet Schürenfeld: Die Gegner befürchten ein Verkehrschaos auf der B 233.

FOTO: JÜRGEN OVERKOTT

Haushalt: Rat vertagt Entscheidung

Verwaltung findet keine Mehrheit. Jetzt muss bis Februar eine Lösung her

Von Jürgen Overkott

Fröndenberg. Wäre die Ratssitzung ein Popkonzert gewesen – sie wäre ausverkauft gewesen. Die hitzige Diskussion um die geplante Grundsteuer-Explosion sorgte dafür, dass der Sitzungssaal im Stiftsgebäude nicht ausreichte, um alle Bürger unterzubringen. Einige saßen buchstäblich zwischen Tür und Angel. Tatsächlich war die Sitzung so spannend wie ein „Tatort“, offenes Ende inbegriffen. Ein „Cliffhanger“ – Fortsetzung folgt.

„Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung erhalten“

Herbert Ziegenbein, SPD-Fraktionsvorsitzender, und seine Partei unterstützten den Verwaltungsplan.

die Rede. Möglich, so Freck, sei dies durch einen Mix aus unerwarteten Mehreinnahmen und Minderausgaben geworden. Demnach gab es 300 000 Euro mehr vom Kreis als angenommen, die Kreisumlage fiel günstiger aus, zudem wurde Gas billiger.

Dennoch mochte sich nur die SPD auf die Seite der Verwaltung schlagen. Fraktionschef Herbert Ziegenbein reklamierte immerhin für seine Partei, den ursprünglichen Grundsteuer-B-Plan nach unten verhandelt zu haben. Erklärtes Ziel der Genossen: „Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung erhalten.“ Dazu gehören für sie die freiwilligen Leistungen der Stadt für Sport und Kultur. Ziegenbein sah Stadt-Töchter in der Pflicht, einen Teil ihrer Gewinne in den kommunalen Etat zu pumpen.

Doch eine „Mehrheitsfraktion“, wie CDU-Fraktionsvorsitzender Gerd Greczka währte, ist die SPD

spielte denn doch „Dr. No“. Die Grünen sagten Nein zum Haushalt, „was auch die Einzelabstimmungen über die Haushaltspunkte Schürenfeld und Zuschuss Freibad Dellwig überflüssig macht“.

Eine Mehrheit wäre auch durch eine Große Koalition auf Stadtebene denkbar gewesen. Doch die CDU hatte sich bereits vorab gegen den Haushaltsentwurf ausgesprochen – ebenso wie die FWG, FDP und Linke.

Am Ende entschieden sich die Ratsparteien einmütig, die Entscheidung zu vertagen. Im Februar schlägt allerdings die Stunde der Wahrheit.

Greczka hofft allerdings, dass dann eben nicht eine neue Abstimmung über eine alte Vorlage stattfindet. Vielmehr appellierte er an die Ratsparteien, die auch im Landtag vertreten sind. Die Kommunalpolitiker sollen nach Greczkas Vorstellung Landtagsabgeordnete und Ministeriale bearbeiten. Dahinter steht die Hoffnung, das Land möge Fröndenberg Aufschub gewähren – im günstigsten Fall drei Jahre. Dann müsste der Etat erst im Jahr 2020 ausgeglichen sein.

Nur eines ist jetzt schon klar: Steuern werden auf jeden Fall erhöht. Offen ist nur die Frage, wie stark.

KOMMENTAR

Von Jürgen Overkott

Vorhang zu, Fragen offen

Der Fröndenberger Rat hat Zeit Die Verwaltung schlug eine Lösung

